

Presseinformation

Nr. 157 / 2013

Kiel, Montag, 08. April 2013

Verkehr / Feste Fehmarnbeltquerung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Die Koalition muss sich endlich zum Bau einer zweiten Bahntrasse bekennen

Zur Forderung einer zweiten Bahntrasse für die Hinterlandanbindung beim Bau der Festen Fehmarnbeltquerung erklärt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es ist sehr erfreulich, dass jetzt auch der Bundesverkehrsminister die Forderung nach einer zweiten Bahntrasse für die Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung öffentlich unterstützt. Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich seit vielen Jahren für eine zweite Trasse ein. Im vergangenen November hatten wir einen entsprechenden Antrag (Drs. 18/350) in den Landtag eingebracht. Dieser Antrag liegt immer noch zur Beratung im Wirtschaftsausschuss. Bisher wurde die Abstimmung über den Antrag auf Wunsch der Koalitionsfraktionen immer wieder verschoben. Die Koalition hat in dieser sehr wichtigen Frage offenbar noch immer keine gemeinsame Position gefunden.“

Es ist wirklich wieder einmal bemerkenswert: Die Koalitionsfraktionen können sich auch in dieser Frage nicht zur Politik von Verkehrsminister Meyer bekennen. Das ist ein verkehrspolitisches Armutszeugnis. Wir erwarten jetzt angesichts der Aussage von Minister Ramsauer, dass die Koalitionäre endlich den Mut finden und unserem Antrag zustimmen. Wir wollen dokumentieren, dass es im Landtag eine breite Mehrheit für den Bau einer zweiten Trasse gibt. Dieses Signal in Richtung Berlin ist überfällig. Die Koalition muss jetzt Farbe bekennen. Die Anwohner in der betroffenen Region haben ein Recht darauf, endlich zu erfahren, ob die Koalition mit ihnen gemeinsam für eine verträgliche Lösung streitet oder das Thema einfach weiter laufen lassen möchte.

Eine zweite Trasse wäre für den Bund nicht mit einer Schmalspurfinanzierung zu realisieren. Die Bundesebene ist hier jedoch in der Pflicht, eine angemessene Hinterlandanbindung zu finanzieren. Es ist an der Zeit, dass sich die Koalition hierzu öffentlich positioniert und sich für die Interessen der Region einsetzt.“